Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.80 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.80 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 13.50 Mark, monatlich 4.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Verantwortlicher Redakteur Fritz Arnhold. Druck u. Verlag: Auer Tageblatt u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 25.

Nr. 6. Dienstag, den 11. Januar 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches aus diskontierten Schatzanweisungen betrug am 20. Dezember 150 401 180 000 Mark und hat sich bis zum 31. Dezember auf 152 727 180 000 Mark erhöht.

Im Reichswirtschaftsrat kündigte der Reichsminister Erhöhung der Eisenbahntarife und der Postgebühren sowie neue Steuern an.

Wie die Times aus Washington melden, soll die Erklärung des Friedenszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland am 15. März erfolgen und am 1. Mai die amerikanischen konsularischen Vertretungen in Deutschland wiederhergestellt werden.

Am 8. Januar ist der amerikanische Dampfer West-Arrow von Galveston abgegangen und trifft im Laufe dieses Monats mit 742 amerikanischen Milchkühen in Bremen ein.

Wie Daily Mail meldet, sind die Friedensverhandlungen zwischen der Sinnfeinerpartei und der Vertretung des britischen Kabinetts infolge der Haltung der irischen Unterhändler, die das Homerulegesetz nicht anerkennen wollen, gescheitert.

Die polnische Einmarschdrohung.

170 000 Mann zusammengezogen.

Neue deutsche Vorstellungen in Paris.

Wie wir bereits gemeldet haben und wie nun auch in der Berliner Presse berichtet wird, hat die deutsche Regierung die fremden Mächte auf die großen Gefahren der polnischen Truppenzusammenziehungen an der oberschlesischen Grenze und im Posenschen durch ihre Vertretungen aufmerksam machen lassen. Inzwischen hat sie sich auf Grund neuer zuverlässiger Nachrichten gezwungen gesehen, diesen Schritt zu wiederholen und hat dabei auf die Wahrscheinlichkeit eines demnächst in Oberschlesien ausbrechenden Aufstandes hingewiesen. Darnach deuten alle Zeichen darauf hin, daß der Aufstand vollendete Tatsachen schaffen soll, ehe es zu einer Abstimmung in Oberschlesien kommt. Zu der gemeldeten Zusammenziehung von über 170 000 Mann polnischer Truppen kommen inzwischen noch allerlei Vorkehrungen militärischer Art, die die geäußerte Befürchtung durchaus gerechtfertigt erscheinen lassen. So sind an der oberschlesischen Grenze Waffen- und Munitionslager und für die verschiedenen militärischen Organisationen Uebungskurse im Gebrauch von Handwaffen und Nahkampfmitteln eingerichtet worden. Für den Anfang Januar war der letzte Kursus angesetzt. Technisch ausgebildete Leute werden für Sprengkommandos vorgemerkt und Tausende polnischer Soldaten und Offiziere über die unbewachte Grenze hinweg in das Abstimmungsgebiet beurlaubt, wo sie auf weitere Weisungen warten sollen, um sich zu Kompagnien zu formieren. Andererseits werden Freischärlerorganisationen gebildet, die im gegebenen Augenblick in Oberschlesien einfallen sollen.

Solchen gefährlichen Machenschaften gegenüber, die ein General Zelegowski leicht zu einem zweiten Wilnaputsch ausnützen könnte, muß Deutschland energisch fordern, daß die polnischen Soldaten und Offiziere aus Oberschlesien unverzüglich entfernt werden, die Grenze geschlossen und die gesamte Zivilbevölkerung sofort entwaffnet wird. Um den Störern von Ruhe und Frieden die Lust zu unüberlegten Taten zu nehmen, müßte das Standrecht über Oberschlesien verhängt werden. Nur durch ein unverzügliches Eingreifen der verbündeten Regierungen könnte die drohende Gefahr einer Ueberrumpelung Oberschlesiens noch abgewendet werden. Wie wir hören, beabsichtigt die deutsche Regierung solches den Mächten demnächst in einer offiziellen Note mitzuteilen. Die Berliner Abendblätter heben ferner hervor, daß die Posener Zeitung „Prawda" darauf hinwies, daß Polen sich am Vorabend möglicher Verwicklungen im Westen, Süden und Osten befinde. Einen weiteren Kommentar lieferten die aufreizenden Reden polnischer Generale, wie sie kürzlich General Haller bei der Ueberreichung eines Ehrensäbels hielt oder Resolutionen ganzer Volksversammlungen, wie die jüngst in Krakau gefaßte, man dürfe eine für Polen ungünstige Entscheidung der oberschlesischen Frage nicht ohne Taten hinnehmen. Gegenüber den polnischen Nachrichten über die angeblich hohe Zahl deutscher Reichswehrtruppen in den Grenzgebieten habe die interalliierte Kontrollkommission festgestellt, daß lediglich die nach dem Friedensvertrag zugebilligte Truppenzahl vorhanden sei. Allgemein wird der Versuch des Journal de Boulogne, die polnischen Truppenbewegungen durch die Notwendigkeit einer Entlastung der Staatskasse und die Erholungsbedürftigkeit der zu demobilisierenden Truppen als Komödienspiel betrachtet.

Der Polenputsch am 16. Januar!

Aus Oberschlesien verbreitete Meldungen sprechen die Befürchtung aus, daß bereits am nächsten Sonntag, dem 16. Januar der langvorbereitete polnische Einbruch erfolgen werde. Man hat polnische Botschaften aufgefangen, die diesen Termin nennen. Ausgerechnet in einer solchen Zeit aber hat die rote preußische Regierung es für richtig gehalten, in ganz Mittel- und Niederschlesien, wo vereinzelt bereits spartakistische Brandstiftungen vorkommen, die angemeldeten Waffen der Selbstschutzorganisationen einzuziehen.

Sparsamkeit.

Das ist schon immer so gewesen: Der Geschäftsmann, der am nächsten vor der Pleite steht, war gewöhnlich der großzügigste und spendabelste. Dem Deutschen Reiche geht es geschäftlich gar nicht gut. Das böse Wort Bankerott ist schon wiederholt gefallen, und wenn die Gefahr auch noch immer verscheucht werden konnte, die Klagen der Verantwortlichen riefen das Gespenst stets wieder vor die Augen. Vor einigen Tagen erst hat der Reichsfinanzminister Wirth seinem gequälten Herzen Luft gemacht, und in nächster Zeit wollen die Finanzminister der Bundesstaaten zusammenkommen und sich endgültig schlüssig werden wie man den vielbesprochenen Sturz in den Abgrund verhindern könne. Ob etwas Greifbares bei diesen Verhandlungen herauskommen wird, weiß man nicht. Es ist schon zu oft darüber verhandelt worden. Jetzt hat die Beamtenbesoldungsreform dem Reiche eine Mehrlast von 2½ Milliarden Mark aufgeladen; die gleiche Summe sollen die Einzelstaaten aufbringen. Diese aber erklären sich ganz außerstande dazu. Es wird das Reich also die 5 Milliarden bezahlen müssen. Aber es soll ja gespart werden. Wir haben einen Sparkommissar, und der hat auch schon wiederholt von sich reden gemacht. Leider noch immer nicht so, daß man von seiner Tätigkeit Besserung der Misere erwarten dürfte. Bei den Verwaltungen merkt man außer an Erlassen nichts von der segenbringenden Arbeit des sogenannten Finanzdiktators. Und die Herren Abgeordneten, die so viel vom Sparen reden, sind auch noch nicht dazu übergegangen, den Behörden Beispiele und gute Pläne zu geben.

In England verfährt man anders. Auch England steckt in Schulden, wenn auch lange nicht in dem Maße, wie das bei uns der Fall ist. Geht es dem britischen Staate finanziell nicht gut, so hat er doch, der mit der Niederlage und mit Revolution nicht belastete, Kredit. Trotzdem aber ist er sparsamer im Wirtschaften. Die Dezernenten der englischen Aemter fahren in London weder soviel im eigenen Auto, wie das die Berliner tun, noch sind sie so überreich mit Personal behaftet, wie das an der Spree und in anderen deutschen Hauptstädten der Fall ist. Und auch die Abgeordneten sind nicht so gut gestellt, wie die deutschen. Die englische Regierung hat eine ernste Mahnung zur Sparsamkeit ausgegeben, sich aber mit der Mahnung nicht begnügt, sondern gleich in allen Aemtern dementsprechende Maßnahmen getroffen. Und das Parlament hat erklärt, seine Hauptaufgabe in der nächsten Zeit in der Ausübung der Finanzkontrolle sehen zu wollen. Was wird man in Deutschland denken und sagen, wenn man hört, daß heute noch ein englischer Abgeordneter ein Gehalt von nur 400 Pfund bezieht? Das ist bei der Teuerung, die auch im britischen Reiche herrscht, sehr, sehr wenig. Trotzdem besteht keine Aussicht, daß der Wunsch, dieses Gehalt erhöht zu sehen, erfüllt wird. Ja, die Kommission hat nicht nur eine Erhöhung des Gehaltes abgelehnt, sie verhält sich auch ablehnend dem Vorschlag gegenüber, den Abgeordneten Portofreiheit und freie Fahrt auf der Eisenbahn zu gewähren. Nicht einmal die Reisen von dem Wohnort des Abgeordneten zu den Sitzungen nach London will sie erstatten; wo doch bei uns jeder Reichstags- und Landtagsabgeordnete eine Dauerfreifahrkarte erster Klasse für das ganze Reich oder für den betreffenden Bundesstaat und die benachbarten Gebiete bei seiner Bestätigung gleich mit erhält. Dafür ist England freilich das Mutterland des Parlamentarismus. Wenn wir nun auch nicht verlangen wollen, daß das Vorbild der englischen Sparsamkeit, oder, wenn man will, Knauserigkeit, zuerst von den Gesetzgebern, den Abgeordneten, nachgeahmt wird, ein wenig zum Nachdenken sollte die englische Art, zu sparen, sie doch machen. Diese Art, durch die Tat zu sparen, sticht immermehr von der deutschen Methode der Ermahnungen und Reden etwas ab.

Die Wilhelmstraße.

Ein guter Kenner der Verhältnisse im Auswärtigen Amt schreibt uns:

Die Wilhelmstraße, als Sitz des Auswärtigen Amtes, erfreut sich bei uns keiner übermäßigen Beliebtheit. Man stellt sich das Auswärtige Amt immer noch als einen Hort der Intrigen und als einen Hort der Reaktion vor. Die Gerechtigkeit gebietet, daß von diesem allzu dunklen Bilde doch die Schatten weggenommen werden, die sich nicht rechtfertigen lassen. Man mag das ganz getrost tun, denn es bleiben immer noch genug Schatten übrig. Die jetzt von irgendwelchen beteiligten Kreisen anscheinend angesponnene Intrige gegen den Botschafter Mayer macht es nötig, darauf hinzuweisen, daß ein gewisser Beamtenklüngel immer noch am Werke ist, um mißliebige Persönlichkeiten zu beseitigen. Es ist leider auch jetzt nicht ausgeschlossen, daß gewisse diplomatische Persönlichkeiten nicht über politische Bemmnisse stolpern, sondern daß ihnen von guten Freunden aus der Zentrale in der Wilhelmstraße ein Bein gestellt wird, um sie zum Stolpern zu bringen. Im Fall des Botschafters Mayer ist das freilich nicht geglückt. Es wäre auch ein schwerer Schaden gewesen, wenn der unternommene Versuch von Erfolg begleitet gewesen wäre, denn der deutsche Botschafter hat in Paris, also auf dem gefährlichsten Außenposten, den es zurzeit überhaupt gibt, innerhalb kurzer Zeit verstanden, durch sein schlichtes und offenes Benehmen das Vertrauen zu erringen, das gerade in Paris die Voraussetzung für einen Erfolg überhaupt bildet. Gewiß hätte Dr. Mayer auch auf anderen Stellen Gutes leisten können, so wäre ein Hinüberwechseln auf den Posten des bayrischen Ministerpräsidenten für die deutsche Politik gar nicht so unvorteilhaft gewesen, denn Dr. Mayer weiß viel besser als es Herr von Kahr weiß, wie man in Paris über Bayern, über die bayrische Einwohnerwehr und ähnliche mehr oder weniger erbauliche Dinge denkt. Zurzeit liegt aber ein solcher Wechsel im Bereich des Unmöglichen, und Dr. Mayer hat sich auf Vorstellungen der Reichsregierung entschlossen, sein schweres Pariser Amt weiter zu verwalten. Dieser Fall gibt aber doch Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß das nun endlich vollendet werden muß, was der Ministerialdirektor Schüler zwar begonnen hat, was er aber nicht vollenden konnte: nämlich die Reform des Auswärtigen Amtes. Selbst wenn die Schülersche Aktion ganz geglückt und durchgeführt wäre, wäre es doch immer nur eine Teilreform gewesen. Die Reformation an Haupt und Gliedern läßt immer noch auf sich warten. Es ist gewiß manches besser geworden, und es gibt eine große Zahl von Diplomaten, die im neuen Reiche gut zu gebrauchen sind, und die ehrlich das allerbeste wollen. Es gibt aber auch noch Hemmnisse, die stärker sind als alles ehrliche Wollen und die deshalb mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müssen.

Die deutschen Gefangenen in Frankreich.

Dem Volksbunde Rettet die Ehre ging vom Richter Dr. jur. Wedemeyer in Bremen folgender Bericht zu, der auf absolut einwandfreiem Material beruht: Etwa 275 deutsche Kriegsgefangene schmachten noch in den französischen Gefangenenlagern von Avignon und Cuers unter furchtbarsten Verhältnissen. Trotz wiederholter Anträge der deutschen Regierung ist ihre Freilassung nun schon zwei Jahre lang verweigert worden. Es handelt sich um kriegsgefangene Deutsche, die von französischen Kriegsgerichten abgeurteilt worden sind. Nach deutscher amtlicher Auskunft hat bei dem größten Teil von ihnen die Straftat ihren Grund nur in der Kriegsgefangenschaft. Um zu entfliehen, versuchten sie, Zivilsachen oder Nahrungsmittel zu entwenden, beschädigten ihre Zellen oder wehrten sich gegen ungerechte Behandlung durch die Franzosen. Wegen solcher Taten sind sie mit ungeheuerlichsten, jeder sonstigen Strafabmessung hohnsprechenden Strafen belegt worden. Einer ist z. B. wegen Verschaffung von Papieren zur Flucht zu 15 Jahren Zwangsarbeit verdammt. Zwei sind zu je fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, der eine, weil er auf der Flucht eine Flasche Essig und Oel und eine Büchse kondensierte Milch, der andere, weil er, ebenfalls auf der Flucht, einige Kartoffeln aus Hunger entwendete. Ein anderer, der zur Wegzehrung auf der Flucht acht Militärbrote mitnahm, wurde für jedes Brot zu einem Jahre, zusammen also zu acht Jahren schweren Kerkers in Einzelhaft, verurteilt. Er soll nach Cayenne, der berüchtigten Verbrecherkolonie, deportiert werden. Aehnlich liegen die meisten Fälle. Seit Jahrhunderten gab es keine Kriege mehr, wo solche Strafgefangene nicht entlassen worden wären! Aber Frankreich hält sie fest! Die Behandlung dieser Unglücklichen ist furchtbar. Mir liegt der Bericht eines kürzlich aus Cuers Entkommenen vor, der erschütternd ist. Der Regen strömt in die erbärmliche Baracke und macht dann Schlafen oder auch nur Liegen unmöglich. Millionen von Wanzen und Flöhen quälen die Gefangenen. Die Ernährung besteht bei schwerer Arbeit nur aus dünnem Reis ohne Zutaten. Von Beschwerden bei fremdländischen, die Lager bisweilen besuchenden Delegierten werden die Gefangenen durch schwere Bedrohungen abgehalten, bei denen die Schußwaffe die Hauptrolle spielt.

Das erste Reichsgerichtsurteil gegen Kriegsverbrecher.

Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts, der mit der Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrechen betraut ist, beschäftigte sich am gestrigen Montag mit den drei ersten Fällen dieser Art, und zwar handelte es sich nicht um auf der Auslieferungsliste stehende Personen, sondern um solche Straftaten, die auf andere Weise zur Kenntnis des Reichsgerichts gelangten und von diesem nach dem Gesetz vom 5. Dezember 1919 zu erledigen sind. Angeklagt waren der Zimmermann Dietrich Dattmann aus der Gegend von Emden, der Schlosser Paul Niegel aus Berlin und der Schiffer Paul Sangerhausen aus Marienwerder bei Potsdam. Die Angeklagten waren im Oktober 1918 als Pioniere in dem besetzten belgischen Städtchen Edingen, in der Nähe von Lille. Am Abend des 30. Okto-